LEIPZIGER MENSCHENRECHTSGRUPPEN 1989

BLATT 9/ 1999 ◆ HEUTE VOR 10 JAHREN

9. Oktober 1989 ◆ Tag der Entscheidung

Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* in Leipzig wird am **4. Oktober 1989** über Kontakte in den Machtapparat davon in Kenntnis gesetzt, dass für den nächsten Montag die Gefahr der Verhängung des Kriegsrechtes bestehe. In diesem Falle wäre die militärische Niederschlagung der Demonstration und die Isolierung von Oppositionellen in Arbeitslagern zu erwarten gewesen.
Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* wird eindringlich darum gebeten einen Appell zum Verzicht auf Demonstrationen zu verfassen, um die Verhängung des Kriegsrechtes abzuwenden. Thomas Rudolph, ein Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, lehnt ab. Er fordert, zuerst müsse aus der SED heraus die Aufnahme des Dialoges mit den Demonstranten erklärt und die Kriminalisierung der Opposition beendet werden.

In Dresden wird eine Demonstration gewaltsam aufgelöst. Von den ca. 20.000 Teilnehmenden werden 225 vorläufig festgenommen. Der Vorsitzende der *Bezirkseinsatzleitung Dresden*, Hans Modrow, fordert die Bereitstellung von 5 Bataillonen der NVA als Reserve an. Zwei Kompanien der 7. Panzerdivision und Kompanien der Offiziershochschule kommen zum Einsatz.
In Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) werden ca. 800 Personen gewaltsam aus dem Bahnhof vertrieben, 82 vorläufig festgenommen. In Bad Schandau, Freiberg (ca. 100 Personen), Heidenau, Pirna, Steinpleis (ca. 150 Personen) und Werdau (ca. 150 Personen) werden Ansammlungen von Ausreisewilligen aufgelöst.
In Ostberlin versammeln sich vor der Botschaft der USA ca. 120 Ausreiseantragsteller, deren 42 vorläufig festgenommen werden. Auch in Neubrandenburg gelingt eine Demonstration von Ausreisewilligen. Fürbitt- und Informationsveranstaltungen finden u. a. in Ostberlin, Potsdam und Weimar statt.

In Dresden demonstrieren am **5. Oktober** erneut etwa 6.000 Personen vor dem Hauptbahnhof. Infolge des ersten Versuches der Sicherheitskräfte, die Demonstration aufzulösen, geraten ca. 120 und später weitere 55 Personen in die vorläufige Festnahme. In Magdeburg bilden etwa 500 Personen nach dem im Dom abgehaltenen traditionellen Friedensgebet einen Schweigemarsch und ziehen in Richtung Stadtzentrum. Die Demonstration wird gewaltsam aufgelöst. 54 Personen werden vorläufig festgenommen, 33 erhalten Ordnungsstrafen und drei Demonstranten müssen in das Krankenhaus eingeliefert werden.

In Wilthen wird eine Demonstration Jugendlicher aufgelöst, wobei 17 von ihnen vorläufig festgenommen werden. Fürbitt- und Informationsveranstaltungen für die Inhaftierten finden u. a. in Plauen, Rostock und der Leipziger Lukaskirche statt.
Bernd Oehler, ein Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, ist von einer Reise zu Oppositionsgruppen in den baltischen Ländern zurückgekehrt. Er analysiert die Lage in der Sowjetunion mit Blick auf die Unabhängigkeitsbestrebungen und hinsichtlich der vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und der *Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig* einzunehmenden Position:

> *„Die leidvollen Erfahrungen der Balten als kleine Staaten in der europäischen Machtpolitik, zuletzt und am schlimmsten unter der Herrschaft Stalins, der vergifteten Lebensatmosphäre von Denunziation und drohendem sibirischen Lager, die Allgegenwart der politischen Polizei und deren Macht über die Gedanken der Menschen von der Schule an, die großen Versprechungen des Anfangs und die bitteren ökonomischen und ökologischen Früchte der Gegenwart lassen nach einer Alternative suchen, die in einer aufgeteilten Welt auch den Balten Anteil an Freiheit und Wohlstand gewährt. Für die Volksfronten wie auch für die meisten noch nicht anerkannten politischen Parteiungen stellt sich als Lösung die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit dar. Die geopolitischen Konsequenzen sieht man weitgehend optimistisch. Von uns aus gesehen ist es naheliegend, dem längeren Atem des überwiegenden Teils der Volksfronten zuzustimmen, zumindest mittelfristig nur ökonomische Unabhängigkeit und bürgerliche Freiheiten zu festigen. Einer politischen Unabhängigkeit der Balten würden ähnliche Strebungen der Moldawier und Ukrainer – und sicher nicht nur derer – folgen. Für die Sowjetunion erscheint das Baltikum gegenwärtig ökonomisch und militärisch unaufgebbar […] Die völkerrechtliche Frage ist klar im Sinne der Balten zu beantworten, die Geopolitik allerdings fordert mittelfristige Lösungen. Allerdings könnte, auf einen polnischen Vorschlag hin, europäische und skandinavische Integration bereits heute begonnen werden, etwa eine nähere Bindung an Finnland einerseits und Polen andererseits.“*

Am **6. Oktober** besucht Ansgar Vössing von der *Westberliner CDU* den *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* in Leipzig und teilt Vermutungen der westdeutschen Seite bezüglich der Pläne der Ostberliner Führung gegen die für den Montag erwartete Demonstration und gegen die Opposition mit. Er sichert Unterstützung zu, falls die Ostberliner Führung gegen die *Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig* vorgehen sollte.
Anschließend setzt der Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit,* Thomas Rudolph, den Superintendenten von Leipzig-Ost, Friedrich Magirius, über die den Bürgerrechtsgruppen vorliegenden Informationen zu vermuteten militärischen Vorbereitungen der Machthaber in Kenntnis. Er verbindet dies mit der Bitte, die Informationen an den Bischof Dr. Johannes Hempel und den Superintendenten Johannes Richter weiterzuleiten.
Der Thüringer Bischof Dr. Werner Leich bittet die Pfarrer seiner Landeskirche Friedensgebete vorzubereiten und Kirchen als Zufluchtsorte zu öffnen.
Der sowjetische KP-Chef Michail Gorbatschow äußert auf einer Festveranstaltung in Ostberlin seine Erwartung,

„daß die SED mit allen gesellschaftlichen Kräften politische Antworten auf die Fragen findet, die auf die Tagesordnung gesetzt worden sind und die die Bürger bewegen“.

Fürbitt- und Informationsveranstaltungen finden u. a. in Görlitz, Güstrow, Rostock, Schwerin und Stralsund statt. Auf dem Leninplatz in Dresden beginnt eine Demonstration von ca. 5.000 Personen, die erneut gewaltsam aufgelöst wird, wobei 367 Personen vorläufig festgenommen werden. Zu weiteren Demonstrationen kommt es in Bautzen und Aschersleben.

Am **7. Oktober**, dem 40. Jahrestag der Gründung des östlichen deutschen Teilstaates, bilden sich in Leipzig mehrfach spontane Demonstrationszüge mit bis zu 10.000 Beteiligten. Sie singen *„Happy birthday“* und die *„Internationale“*; Sprechchöre skandieren *„Gorbi“* und *„Neues Forum zulassen!“*. Die Übergriffe der Sicherheitskräfte werden mit den Sprechchören *„Keine Gewalt!“* und *„Schämt Euch was!“* beantwortet. Die Demonstrationen werden gewaltsam unter Einsatz von Wasserwerfern aufgelöst. 210 Personen werden vorläufig festgenommen, 13 verbleiben in Untersuchungshaft.
Die Übergriffe der Sicherheitskräfte richten sich auch gegen unbeteiligte Passanten. So heißt es in einem der *Informationsgruppe* der *Koordinierungsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte* in der Lukaskirchgemeinde übergebenem **Erlebnisprotokoll** unter der Überschrift **„Es geschah am 7. Oktober“**:

„So wie eigentlich jedes Jahr gehen wir gemeinsam mit unseren beiden Kindern zum Feuerwerk. Gegen 18 Uhr waren wir im Clara-Zetkin-Park, um am Lichterfest teilzunehmen, dann sahen wir uns das Feuerwerk an. Nach Beendigung gingen wir gleich zu unserem Auto, da wir gemeinsam mit meiner Mutti in der Stadt noch etwas Essen wollten. Danach wollten wir meine Mutti nach Hause bringen. […] Wir stellten unser Auto auf dem Parkplatz an der Oper ab und liefen in Richtung Sachsenplatz. Wir beschlossen in die Fischgaststätte am Brühl zu gehen. Als wir vom Sachsenplatz […] gingen, waren wir vorm Brühl auf der Hauptstraße, wo auf einmal eine Menschenmenge vor der Polizei flüchtete. Ein Bürger rief im Vorbeirennen: ‚Haut mit den Kindern ab!‘, doch wo sollten wir denn so schnell mit den Kindern hin. Sollte ich mit ihnen in die Massen rennen? Ein älteres Ehepaar, was am Rand stand, sagte zu uns: ‚Kommen sie hier her! An der Seite sind sie sicher.‘ Wir gingen auch gleich hin. Doch es war zu spät! Eine Kette von Polizisten mit Schlagstöcken und Schutzschilden kam schnellen Schrittes auf uns zu. Sie knallten mit ihren Stöcken auf die Schilde und schlugen wahllos auf Menschen, die vor ihnen waren, ein. Da wir mit unseren Kindern und dem Ehepaar an der Seite standen, dachten wir, daß sie uns nichts tun. Doch sie nahmen keine Rücksicht auf Kinder und friedliche Bürger. Meinen kleinen Sohn P…(5 Jahre) zerrten sie am Anorak. Er sollte weiterlaufen. Unseren anderen Jungen, D…(8 Jahre), schubsten sie mit ihren Schilden nach vorn. Meine Mutti und mich zogen sie an der Jacke. Zu ihr sagten sie: ‚Komm, Oma, lauf los!‘. Meinen Verlobten und das Ehepaar drängten sie ebenfalls mit ihren Schilden. Wir sollten in Richtung Bahnhof laufen, obwohl wir dort nie hinwollten. Sie holten mit ihren Stöcken aus und drohten zuzuschlagen. Für unsere Kinder war es ein großer

Schreck. Sie weinten und schrien: ‚Wir wollen weg.‘ Sie sind dadurch sehr eingeschüchtert und wollen so schnell nicht wieder in die Stadt. Was soll ich meinen Kindern zur Antwort geben, wenn sie so etwas miterleben? Ist es nicht eine Schande, so etwas in der Deutschen Demokratischen Republik und vor allem noch an so einem Tag mitzuerleben. Die Bürger, die an so einer Demonstration teilnehmen, wollen doch nur kämpfen für ein besseres Land. Sie sind friedlich und wollen keine Gewalt und werden dann so wahllos feige niedergeschlagen.”

In Plauen versammeln sich infolge eines schriftlichen Aufrufs von Mitgliedern der *Gruppe „Umdenken durch Nachdenken“* – einer Gruppe, die dem Informationsnetz des Leipziger *Sonnabendskreises* angehört – ab 15 Uhr bis zu 8.000 Personen auf dem Theaterplatz. Der Handzettel mit dem Titel **„Initiative zur demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft“** hatte folgenden Wortlaut:

„Bürger der Stadt Planen! Am 7. Oktober findet auf dem Plauener Theaterplatz eine Protestdemonstration statt!! Beginn: 15 Uhr. Unsere Forderungen lauten: Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Streikrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, Zulassung der Oppositionsgruppe ‚Neues Forum‘ sowie anderer unabhängiger Parteien und Umweltgruppen, freie, demokratische Wahlen, Reisefreiheit für alle Bürger! Überwindet eure Lethargie und Gleichgültigkeit! Schließt euch zusammen! Es geht um unsere Zukunft! Informiert die Arbeiter in den Betrieben!“

In Sprechchören wird *„Demokratie“, „Pressefreiheit“, „Freie Wahlen“, „Neues Forum“, „Gorbi“* und *„Wir kommen wieder“* skandiert. Kampfgruppen und mit Maschinenpistolen bewaffnete Grenztruppen fahren auf. Das „Operative Fernsehen“ setzt Hubschrauber zur „Aufklärung“ der Demonstration ein. Die von den Sicherheitskräften eingesetzten Wasserwerfer werden auch von Demonstranten angegriffen und teilweise beschädigt. Die Postenketten ziehen sich zur Sicherung des Rathauses zurück. Superintendent Thomas Küttler verhandelt mit den Sicherheitskräften. Grenztruppen und Hubschrauber werden abgezogen. Gegen 18.30 Uhr löst sich die Demonstration mit den Rufen *„Wir kommen wieder“* von selbst auf, nachdem Termine zu *Fürbitt-Andachten für die in Leipzig Inhaftierten* bekanntgegeben worden waren. Insgesamt werden 42 Personen vorläufig festgenommen.

In Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) bilden am Luxorpalast – nach Absage einer lnformationsveranstaltung über Oppositionsgruppen – die ca. 2.000 Besucher einen Schweigemarsch, der sich zurück in die Innenstadt bewegt. Dort wird der Demonstrationszug gewaltsam aufgelöst und 28 Personen werden vorläufig festgenommen.

Auch in Arnstadt (ca. 600 Personen, 20 vorläufige Festnahmen), Aschersleben, Berlin (zeitweise 5.000 bis 10.000 Personen, 600 vorläufige Festnahmen), Crimmitschau, Dessau, Dresden (ca. 4.000 Personen, 129 vorläufige Festnahmen), Dippoldiswalde (ca. 80 Personen, 22 vorläufige Festnahmen), Erfurt (ca. 150 Personen), Guben, Halle (ca. 100 Personen, 47 vorläufige Festnahmen), Hainichen, llmenau (ca. 200 Personen, vorläufige Festnahmen, ein

Verletzter), Magdeburg (ca. 1.500 Personen, etwa 90 vorläufige Festnahmen), Potsdam (ca. 2.000 Personen, 106 vorläufige Festnahmen), Prenzlau (ca. 30 Personen, acht vorläufige Festnahmen), Roßlau, Rostock (zwei kleine Märsche von etwa 50 und 30 Jugendlichen, davon 20 Zuführungen) und Torgau werden Demonstrationen gewaltsam aufgelöst. Insgesamt werden 1.551 Personen bei der Auflösung dieser Demonstrationen vorläufig festgenommen. Fürbitt- und Informationsveranstaltungen finden u.a. in Aken, Halle und Rostock statt.

Von Westberliner Seite aus versucht die *Initiative für direkte Demokratie* mit Luftballons Flugblätter nach Ostberlin zu schicken. Unter den Aktivisten befindet sich auch Frank Wolfgang Sonntag, der Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* in Westberlin.
In Schwante findet die Gründungsversammlung der *Sozialdemokratischen Partei* in der DDR statt. Die *SDP* beschließt ihr Statut und wählt Ibrahim M. Böhme zum Geschäftsführer.

Am **8. Oktober** finden erneut Demonstrationen in Berlin (ca. 2.500 Personen, 479 vorläufige Festnahmen), Bischofswerda (50 Personen, alle vorläufig festgenommen), Dresden (bis zu 8.000 Personen, ca. 150 vorläufige Festnahmen), Lindow, Meerane (Schweigemarsch), Treuen, Prenzlau (8 Zuführungen) und anderen Städten statt.
Während am frühen Abend in Dresden ein Demonstrationszug von Sicherheitskräften aufgelöst wird, bekommt ein anderer Demonstrationszug, der sich am Abend auf der Prager Straße befindet, ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer für den 9. Oktober, 9 Uhr, im Rathaus angeboten. Die Demonstranten benennen aus ihrer Mitte heraus die *„Gruppe der 20"* für dieses Gespräch. Kirchenvertreter geben bekannt, am Abend des 9. Oktober werde in verschiedenen Kirchen Dresdens über das Ergebnis des Gespräches informiert. Gegen 21.30 Uhr beenden die Dresdner ihre Aktion.

In Leipzig werden kleinere Ansammlungen von Personen sofort durch Sicherheitskräfte zerstreut, es kommt zu mindestens drei vorläufigen Festnahmen. An der Leipziger Nikolaikirche ist ein Schild befestigt: *„Für die Opfer des Oststalinismus am 7. 10. 89".* Erich Mielke, der Minister für Staatssicherheit, befiehlt für die Einheiten der Staatssicherheit *„volle Dienstbereitschaft"* und weist die Vorbereitung zur Festnahme bereits *„erfasster"* Oppositioneller und die Vorbereitung der Einlieferung auffälliger Bürger und Bürgerinnen in Isolierungslager an. Fürbitt- und Informationsveranstaltungen finden u. a. in Guben, Neustrelitz und Torgau (ca. 70 Personen, zwei Zuführungen) statt.

Die Redaktion der Ostberliner *Umweltblätter* hatte in den vergangenen Tagen erwogen, ein tagesaktuelles Samisdat erscheinen zu lassen, um wenigstens einige der am Berliner Kontakt-Telefon eingehenden Nachrichten sofort schriftlich verbreiten zu können. Am **9. Oktober** erscheint die erste Nummer des *Telegraph* mit der Angabe *„Redaktionsschluß 9. 10. 89, vormittags".* Die Redakteure sind u. a. Peter Grimm von der *Initiative Frieden und Menschenrechte* sowie Wolfgang Rüddenklau und Tom Sello von der *Umweltbibliothek.*
Mit dem *Telegraph* wird auch die von Martin Gutzeit, Ibrahim Böhme, Angelika Barbe, Rainer Hartmann und Stephan Hilsberg am Morgen abgegebene

„Erklärung des Vorstandes der *Sozialdemokratischen Partei (SDP)*“ weiterverbreitet:

> *„Wir erleben im Moment in der gesamten DDR, wie Menschen in ungeahntem Maße durch Demonstrationen grundlegende politische Veränderungen fordern. Trotz brutaler Ausschreitungen und Gewaltprovokationen von Seiten der Sicherheitskräfte blieben die Demonstranten der letzten Tage in erstaunlichem Maße gewaltfrei. Da die Grenze des allgemein gewaltlos Ertragbaren vorsätzlich weit überschritten wurde, müssen wir mit gewalttätigen Auseinandersetzungen von beiden Seiten rechnen, wenn sich der staatliche Umgang mit Demonstrationen nicht grundlegend ändert. Die Verantwortung für eine Eskalation der Gewalt tragen allein die politisch Verantwortlichen. Angesichts dieser Situation fordern wir die Bürger unseres Landes zur verstärkten Solidarität mit den in ihrer Würde zutiefst verletzten Menschen, insbesondere mit den politischen Gefangenen in der DDR, auf.“*

In der Ostberliner Gethsemanekirche stellt der *Vorbereitungskreis der Mahnwache für die Inhaftierten* in einem **Aufruf** fest:

> *„[…] Wir haben in den letzten Tagen erfahren, daß wir stark sind durch Gewaltlosigkeit. Wir sind viele – wir können nicht mehr ignoriert und übergangen werden. Das ist ein großer Erfolg.[…] Jetzt ist die Zeit reif für konstruktive Aussprachen aller Gruppierungen und Kräfte unseres Landes am runden Tisch […] Als Grundlage für einen Dialog mit den staatlichen Stellen bitten wir Vertreter unabhängiger Gruppierungen, sich in den nächsten Tagen an der Erarbeitung eines Forderungs- und Handlungskataloges zu beteiligen.“*

Erich Honecker empfängt Yao Yilin, den stellvertretenden Ministerpräsidenten der *VR China* und Mitglied des Politbüros der *Kommunistischen Partei Chinas.* Beide Politiker stimmen darin überein, dass

> *„eine grundsätzliche Lehre aus dem konterrevolutionären Aufruhr in Peking sowie der gegenwärtigen Hetzkampagne gegen die DDR”*
> darin bestehe,
> *„unbeirrt an den Grundwerten des Sozialismus festzuhalten und gleichzeitig die sozialistische Gesellschaft ständig weiter zu vervollkommnen“.*

Parallel zur Demonstration in Leipzig finden in Berlin (ca. 3.000 Personen), Dresden (ca. 14.000 Personen), Halle (ca. 200 Personen), Jena (ca. 60 Personen), Lindow, Magdeburg (Montagsgebet, ca. 4.100 Personen), Markneukirchen (ca. 100 Personen), Meerane (ca. 300 Personen), Merseburg (ca. 80 Personen), Ribnitz-Damgarten (Stadtkirche, ca. 130 Personen), Stralsund (Friedensgebet, ca. 400 Personen) und Wurzen (ca. 80 Personen) Veranstaltungen in Kirchen statt, die des Andranges wegen zum Teil wiederholt werden müssen.
In Halle wird eine ca. 400 Personen starke *Schweigekundgebung* aufgelöst, 39 Personen werden vorläufig festgenommen. In Lindow ziehen ca. 500 Personen

nach dem Friedensgebet zum Rathaus und fordern die Freilassung der Inhaftierten. In Voßkuhl versammeln sich etwa 200 Personen.
Laut Beschluss der *SED-Bezirksleitung Leipzig* in Abstimmung mit dem Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des *Nationalen Verteidigungsrates*, Erich Honecker, führt die *Bezirkseinsatzleitung Leipzig* die Sicherheitskräfte. Ihr sind neben den im Bezirk stationierten eigenen Einheiten der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Leipzig, der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, des Wehrbezirkskommandos und der Kampfgruppen zusätzliche Einheiten der Nationalen Volksarmee, der Staatssicherheit, der Bereitschaftspolizei und ausgesuchte SED-Parteikader in Zivil unterstellt.

Entsprechend eines von der *Bezirkseinsatzleitung Leipzig* und dem Minister des Innern Friedrich Dickel bestätigten Entschlusses (vom 6. Oktober) des nach Planung und ausgelöster Mobilmachungs- bzw. Bereitschaftsstufe dafür im Auftrag des Vorsitzenden der *Bezirkseinsatzleitung* im Amt, Helmut Hackenberg, zuständigen Chefs der Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei Leipzig, Generalmajor Gerhard Straßenburg, sind – unter fernschriftlicher Inkenntnissetzung des Sekretärs für Sicherheitsfragen im SED-Zentralkomitee, Egon Krenz – *„jegliche […] Demonstrationen antisozialistischer Kräfte im Bereich der Innenstadt“* Leipzigs zu bekämpfen und zu verhindern.
Motorisierte Einheiten sind *„mit Schützenwaffen und Munition ausgerüstet (geschlossener Einsatz ...)“.* Die Führung der Sicherheitskräfte erfolgt dabei aus der stationären Führungsstelle in der BDVP Leipzig. Die Einweisung der Sicherheitskräfte erfolgte u. a. mit den Worten, dass

> *„heute ein für alle mal Schluß gemacht wird mit der Konterrevolution in Leipzig“. „Genossen, ab heute ist Klassenkampf. Die Situation entspricht dem 17. Juni ´53. Heute entscheidet es sich – entweder die oder wir.”*

Bei der Koordnierungsgruppe gehen verschiedene Hinweise ein über bereitgestellte Blutkonserven in Krankenhäusern, über die Verlegung von bewaffneten Sicherheitskräften, über in Stellung gebrachte Schützenpanzerwagen, über die Verstärkung der Spät- und Nachtschichten in Krankenhäusern, über die Mobilisierung von Kampfgruppen mit Schusswaffen, über die Anweisung zu vorverlegter Schließung der Geschäfte in der Innenstadt etc. Auf Grund dieser Nachrichten entscheidet die *Koordinierungsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte*, westliche Nachrichtenagenturen darüber vorab zu informieren und eine Vorberichterstattung einzuleiten.
Nach dem Friedensgebet gelingt die dritte montägliche Großdemonstration durch die Leipziger Innenstadt mit ca. 70.000 Personen.
An der Nikolaikirche hängt ein Transparent: *„Leute keine sinnlose Gewalt, reißt Euch zusammen, laßt die Steine liegen!“.*

Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und die *Arbeitsgruppe Umweltschutz* veröffentlichen einen **Appell** an die Demonstranten und die Sicherheitskräfte, keine Gewalt anzuwenden.
Der Appell war im Bibliotheksraum der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* gemeinsam von Hagen Findeis (*Arbeitskreis Abgrenzung und Öffnung* Leipzig), Roland Quester (*Arbeitsgruppe*

Umweltschutz), Rainer Müller, Frank Richter, Thomas Rudolph, Kathrin Walther, Christoph Wonneberger u. a. verfasst und anschließend in den gemeinsamen Räumen der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* in der Lukasgemeinde in einer Auflage von ca. fünfundzwanzigtausend Exemplaren gedruckt worden.
Frank Richter (*Arbeitsgruppe Menschenrechte*) verliest ihn während des Friedensgebetes in der Nikolaikirche, Susann Labitzke (*Arbeitskreis Gerechtigkeit*) in der Reformierten Kirche. Vor und während der Demonstration wird er von Oliver Kloß, Steffen Kühhirt, Frank Richter (alle *Arbeitsgruppe Menschenrechte*), Gisela Kallenbach (*Arbeitsgruppe Umweltschutz*) und Silke Krasulsky, Dietmar Motzer, Rainer Müller, Kathrin Walther (alle *Arbeitskreis Gerechtigkeit*) und anderen verteilt.

„Appell

In den letzten Wochen ist es mehrfach und in verschiedenen Städten der DDR zu Demonstrationen gekommen, die in Gewalt mündeten: Pflastersteinwürfe, zerschlagene Scheiben, ausgebrannte Autos, Gummiknüppel- und Wasserwerfereinsatz. Es gab eine unbekannte Zahl Verletzter, von Toten ist die Rede. Auch der letzte Montag in Leipzig endete mit Gewalt Wir haben Angst. Angst um uns selbst Angst um unsere Freunde, um den Menschen neben uns und Angst um den, der uns da in Uniform gegenübersteht. Wir haben Angst um die Zukunft unseres Landes. Gewalt schafft immer nur Gewalt. Gewalt löst keine Probleme. Gewalt ist unmenschlich. Gewalt kann nicht das Zeichen einer neuen, besseren Gesellschaft sein. Wir bitten alle:
- *Enthaltet Euch jeder Gewalt!*
- *Durchbrecht keine Polizeiketten, haltet Abstand zu Absperrungen!*
- *Greift keine Personen oder Fahrzeuge an!*
- *Entwendet keine Kleidungs- oder Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte!*
- *Werft keine Gegenstände und enthaltet Euch gewalttätiger Parolen!*
- *Seid solidarisch und unterbindet Provokationen!*
- *Greift zu friedlichen und phantasievollen Formen des Protestes!*

An die Einsatzkräfte appellieren wir:
- *Enthaltet Euch der Gewalt!*
- *Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!*

W i r s i n d e i n V o l k !

Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden! Partei und Regierung müssen vor allem für die entstandene ernste Situation verantwortlich gemacht werden. Aber h e u t e ist es an uns, eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. Davon hängt unsere Zukunft ab!

Unterzeichner: *Arbeitskreis Gerechtigkeit*
Arbeitsgruppe Menschenrechte
Arbeitsgruppe Umweltschutz"

Bereits am Morgen hatte die Konferenz der katholischen Priester des Dekanates Leipzig eine Erklärung der ca. 30 Geistlichen verfasst, die den katholischen Gemeinden zur Kenntnis gegeben wurde:

> *„Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Krise. Davon sind auch unsere Gemeinden betroffen. Vor allem besteht ein tiefgreifender Vertrauensschwund zwischen Regierten und Regierenden. Wir erwarten, daß dieses Vertrauen ermöglicht wird; ein erster Schritt ist Wahrhaftigkeit in den Medien der DDR. Wir unterstützen alle gewaltlosen Bemühungen, die einen gesamtgesellschaftlichen Dialog fördern."*

Hans-Friedrich Fischer, katholischer Priester und Mitglied der *Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig*, hatte zuvor einen eigenen, viel weiter gehenden Vorschlag als Textentwurf in die Konferenz eingebracht, der jedoch keine Mehrheit fand.
Dr. Johannes Hempel, Bischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens, hält in den vier Kirchen des Stadtzentrums (Nikolaikirche, Thomaskirche, Michaeliskirche, Reformierte Kirche), in denen an diesem Montag 17 Uhr die Friedensgebete stattfinden, je eine kurze Ansprache:

> *„Liebe Brüder und Schwestern, wieder einmal in Leipzig. Ich möchte an sich in allen vier Kirchen sein und das ist in 45 Minuten schwer zu machen. Deshalb schalte ich hier voraus, was ich gerne sagen mochte. Zunächst noch etwas Persönliches: Sie würden mir heute abend etwas Gutes tun, nur für den Fall der Fälle meine ich, wenn Sie nicht klatschen würden. Ich bin das nämlich nicht gewöhnt und möchte um jeden Preis einen kühlen Kopf behalten. Das ist für mich so wichtig. Ich habe zwei Dinge zu sagen. Das erste: Es hat viele Gespräche, wie Sie bereits lange wissen, zwischen Vertretern des Staates und Vertretern der Kirche gegeben. Ich habe dabei oft gesagt, und ich sage heute öffentlich, nach meiner Überzeugung muß es in der gegenwärtigen Stunde unseres Landes Gespräche geben, zwischen Vertretern des Staates und den jungen Erwachsenen zum Beispiel, die jetzt auf die Straße gehen und ihre Schmerzen und ihre Bitterkeit anzeigen. Es muß Gespräche geben, und die Gespräche mit uns Kirchenleuten sind nicht mehr das Richtige. Bei diesen Gesprächen müssen die jungen Erwachsenen, müssen Sie, soweit Sie dazugehören, angehört werden, und zwar bis Sie fertig sind, und es müssen Lösungen gesucht werden; jetzt, in diesem Augenblick, in diesen Wochen verstehe ich darunter besonders Gespräche über die Freilassung der Inhaftierten, sofern sie sich nicht der nachweisbaren Körperverletzung schuldig gemacht haben. Zum Beispiel verstehe ich darunter den Verzicht des Staates auf schematisierende und abwertende Bezeichnungen der Demonstrierenden. Sie alle sind Bürger und Menschen, also nicht Rowdys. Ich mochte noch erwähnen, daß seit kurzem ein Angebot des Rates des Bezirkes zu Gesprächen mit jungen Erwachsenen besteht. Wie man das am gescheitesten und im Sinne der Betroffenen realisiert, weiß ich noch nicht. Das ist das eine.*
> *Das zweite ist: Ich könnte mir denken, daß nicht alle von Ihnen Christen sind. Aber ich kann auch nicht davon absehen, daß ich einer zu sein versuche. Und deshalb ist das zweite, was ich sagen muß, daß Gott genau wahrnimmt, was in der DDR passiert. Und daß er ein kräftiges Wort mitredet*

bei dem, wie die Dinge weitergehen. Um dieser meiner Glaubensüberzeugung willen, ob Sie sie teilen oder nicht, und gegen meine eigenen Gefühle bitte ich Sie um einen kühlen Kopf, um Besonnenheit und unbedingte Gewaltlosigkeit. Gewalt zerstört alles, was uns teuer ist, und der höchste Wert ist das Leben. Ich meine auch das leibliche Leben. Damit nicht Blut vergossen wird, bitte ich Sie um Gewaltlosigkeit. Das ist das zweite.
Als letztes noch: Heute früh bat mich Bischof Reinelt, der katholische Bischof der Diözese Meißen/ Dresden, der mich von sich aus besuchte, heute Sie in seinem Namen zu grüßen und auszurichten, daß er genauso denkt wie ich. Das habe ich hiermit getan. Ich wünsche Ihnen gutes Durchkommen. Amen.“

Kurz vor Beginn der Demonstration versprechen die SED-Bezirkssekretäre Dr. Kurt Meyer, Joachim Pommert und Dr. Roland Wötzel sowie der Kabarettist Bernd-Lutz Lange, Prof. Kurt Masur und Dr. Peter Zimmermann in einer auch über den Stadtfunk an die Demonstranten verbreiteten und ebenfalls in den Kirchen verlesenen Erklärung:

„[…] Wir alle brauchen freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die genannten Leute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, daß dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird […]“

Die Demonstranten singen die *„Internationale“* und machen sich durch rhythmisches Klatschen Mut.
Sie führen Transparente mit: *„Alle Macht dem Volke“, „Neues Forum zulassen“* und *„Wir wollen keine Gewalt“.* In Sprechchören skandieren die Demonstranten: *„Demokratie – jetzt oder nie“, „Freiheit für die Inhaftierten“, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, „Gorbi“, „Keine Gewalt“, „Meinungsfreiheit“, „Neues Forum zulassen“, „Polizisten schließt Euch an!“, „Schließt Euch an!“, „Stasi raus!“, „Wir bleiben hier“, „Wir brauchen Freiheit“, „Wir sind das Volk“, „Wir sind keine Rowdys“, „Wir sind mehr“, „Wir wollen Reformen“ und „Zwei, drei, vier – wir bleiben hier“.*
An einer Straßenbahnhaltestelle steht ein Schild mit der Aufschrift: *„Diese Haltestelle wird zur Zeit nicht bedient“.* Einige Demonstranten führen brennende Kerzen mit sich. Immer wieder wird die *Internationale* (vorrangig der Refrain) angestimmt, bisweilen werden die Sprechchöre durch rhythmisches Klatschen unterbrochen.
Vor dem Gebäudekomplex der BDVP Leipzig und der Staatssicherheit ertönen Buh-Rufe, Pfiffe und Pfui-Rufe.

Vom *Beobachtungsstützpunkt* der *Koordinierungsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte* in der Kanzlei und auf dem Turm der Reformierten Kirche (von wo man einen beträchtlichen Teil der Demonstrationsstrecke einsehen kann) machen Siegbert Schefke, Aram Radomski, Johannes Fischer und Kathrin Walther die für die Fernsehberichterstattung entscheidenden Filmaufnahmen und Agenturfotos. Informationen über die Demonstration übermitteln sie laufend telefonisch an die *Informationsgruppe in der Lukaskirche.*

Kathrin Walther gleicht von diesem *Beobachtungsstützpunkt* aus telefonisch mit Thomas Rudolph den verlesenen Text der SED-Bezirkssekretäre mit demjenigen ab, den die *Informationsgruppe* bereits vorab erhalten hatte. Thomas Rudolph übermittelt ihn sofort danach von der Lukaskirchgemeinde aus an die westlichen Nachrichtenagenturen.
Weitere Filmaufnahmen und Agenturfotos fertigen an diesem Tag für die *Informationsgruppe in der Lukaskirchgemeinde* Christoph Motzer, Roland Quester, Frank Richter und Wolfgang Sarstedt. Im *Beobachtungssstützpunkt im Jugendpfarramt* sammeln Roland Quester und Andreas Ludwig Berichte der Demonstrationsbeobachter und teilen sie telefonisch der *Informationsgruppe* mit.

Zehn Personen werden vorläufig festgenommen, wobei eine verletzt wird. 18.35 Uhr weist der Vorsitzende der *Bezirkseinsatzleitung Leipzig*, Helmut Hackenberg, den Generalmajor Gerhard Straßenburg an, *“keine aktiven Handlungen gegenüber den Demonstranten zu unternehmen”.* An die Einsatzkräfte wird der Befehl erteilt, zur Eigensicherung überzugehen. Gegen 19.15 Uhr telefoniert Helmut Hackenberg mit Egon Krenz, der Mitglied des *Nationalen Verteidigungsrates* und Sekretär für Sicherheitsfragen des *SED-Zentralkomitees* ist. Krenz billigt die in Leipzig gefällten Entscheidungen im Nachhinein. Gegen 21.00 Uhr löst sich die Demonstration auf. Ca. 5.000 Demonstranten reisen mit Fernzügen ab, stadtauswärts kommt es zu erhöhtem Verkehrsaufkommen.
Nach der Demonstration und den letzten Telefon-Interviews für British Broadcasting Corporation (BBC) und weitere Medien holt Christoph Wonneberger gegen 2 Uhr für die *Informationsgruppe* und die noch anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Dokumentations- und Beobachtungsgruppe* Whisky aus der Küche. Es ist das einzige Mal, dass – während andere Mitarbeiter der Gruppe noch arbeiten und Foto- und Filmmaterial nach Ostberlin schaffen müssen – bereits angestoßen wird. Jedem ist klar, dass der 9. Oktober über kurz oder lang das Ende der SED-Diktatur bedeutet. Einige der Hörer der Nachrichten westlicher Rundfunk- und Fernsehstationen verhielten sich ähnlich. So berichtet ein Ingenieur für Maschinenbau aus Wurzen:

> *„[…] dann kam der berühmte 9. Oktober […] Und dann hatte ich eben in den Spätnachrichten gehört, daß bei dieser Demonstration in Leipzig 70.000 waren, und daß es friedlich abgelaufen ist […] und irgendwie bin ich dann an den Schrank gegangen, hab` mir ´nen ganz großen Slibowitz eingegossen, und ich wußte irgendwie, das war der Untergang der DDR, das hatte sich erledigt. Die ganzen Leute hatten Mut gefaßt.“*

Allein für die Zeit zwischen dem 2. und 9. Oktober werden 35 größere Demonstrationen in Ostdeutschland dem Vorsitzenden des *Nationalen Verteidigungsrates* gemeldet. In diesem Zusammenhang werden mindestens 3.284 Personen vorläufig festgenommen. Mindestens 46 Demonstranten erleiden erhebliche Verletzungen. Von den vorläufig Festgenommenen erhalten 698 Personen Ordnungsstrafen, gegen 90 Personen läuft ein Ermittlungsverfahren ohne Haft und 583 Personen befinden sich in Untersuchungshaft. 130 Personen wurden bereits in beschleunigten Verfahren verurteilt (15 zu Geldstrafen und 115 zu Haftstrafen).

In Ostberlin findet am **10. Oktober** die turnusmäßige SED-Politbürositzung in erweiterter Runde statt. Im SED-Jugendblatt *Junge Welt* erscheint ein Verriss über die Friedensgebete und Demonstrationen in Leipzig, der sich direkt gegen Steffen Kühhirt, einen Sprecher der *Arbeitsgruppe Menschenrechte,* sowie gegen den Jugendpfarrer Klaus Kaden richtet. Steffen Kühhirt verlangt daraufhin eine Richtigstellung von Hans-Dieter Schütt, dem Chefredakteur der *Jungen Welt*:

> *„In dem Artikel »Wer folgt denn dort wem?« Ihrer Mitarbeiter Achim Schöbel und Andreas Kurtz […] wird im Zusammenhang unserer »Mitteilung zur Wehrdiensteinberufung« […] mein Name genannt. Es ist mir unverständlich, daß die Verfasser des Artikels nicht mit mir persönlich Rücksprache genommen haben, obwohl ihnen meine Adresse bekannt war. Durch die verzerrende Darstellung der Tatsachen sehe ich mich zu einer Richtigstellung herausgefordert.[…] 2. Die von uns angesprochenen jungen Männer sind in eigener, freier Entscheidung zu dem Entschluß gekommen, jeglichen Militärdienst zu verweigern. Wir führen also keine Beratung zur Wehrdienstverweigerung durch, sondern sehen unsere Aufgabe darin, Wehrdienstverweigerer, die in der DDR immer noch kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt werden, sowie deren Angehörige zu unterstützen. […] Um der Gewissensnot dieser jungen Männer […] Rechnung zu tragen, ist es an der Zeit, auch in der DDR das Menschenrecht auf Wehrdienstverweigerung (Resolution 46/ 87 der UN-Menschenrechtskommission) anzuerkennen. […] Ich fordere Sie auf, diese Richtigstellung bis Donnerstag, den 19. Oktober, in der Jungen Welt zu veröffentlichen. Ist das nicht der Fall, betrachte ich dieses Schreiben als einen Offenen Brief. Da wir den offenen sachlichen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften suchen, lade ich Sie, auch im Namen der Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig, zu einem klärenden Gespräch in unsere Stadt ein. […]”*

Fürbitt-Andachten bzw. Informationsveranstaltungen finden u. a. in Altenburg, Berlin, Halle, Jena, Leipzig, Neuruppin, Oschatz und Wittenberg statt. In Wernigerode demonstrieren ca. 40 Personen auf dem Marktplatz. Die Demonstration wird aufgelöst, sieben Personen werden vorläufig festgenommen. Auch in Ilmenau und Nordhausen wird demonstriert.

Am **11. Oktober** findet die SED-Politbürositzung in Ostberlin ihre Fortsetzung. Das Politbüro gibt eine Erklärung heraus, die als leise Öffnung in Richtung Reformen verstanden werden soll. Die Sprecher und Sprecherinnen des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* Leipzig – Rainer Müller, Bernd Oehler, Thomas Rudolph und Kathrin Walther – schicken an Bernd-Lutz Lange, Prof. Kurt Masur, Dr. Kurt Meyer, Joachim Pommert, Dr. Roland Wötzel und Dr. Peter Zimmermann je einen Brief, in dem sie sich *„ausdrücklich zu einem Dialog bereit erklären“* und ihren *„Wunsch nach einem Gespräch“* äußern.
Am selben Tag verfassen die Mitarbeiter der *Offenen Arbeit Mockau* (Leipzig) – Torsten Falk, Christoph Motzer (zugleich Mitarbeiter der *Arbeitsgruppe Menschenrechte*) u. a. – gemeinsam mit den Besuchern des Cafés im Offenen Jugendkeller während einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Situation ein *Arbeitspapier Kultur*.

„Arbeitspapier Kultur

Wir leben in einer staatlich organisierten und disziplinierten Kulturlandschaft. Die Entfaltungsmöglichkeiten und kulturellen Aktivitäten sind begrenzt. Künstler mit Autonomieanspruch erleben die Beschränktheit offizieller Kulturpolitik am direktesten (Auftrittsverbote, Zensur). Die geringen Freiräume für autonome Kunstäußerungen treiben zahlreiche Individualisten außer Landes. Der Verlust von Individualität in und für unsere Gesellschaft hinterläßt eine passive Masse Mensch, welche zum bloßen Kulturkonsumenten verkommt. Noch existiert in der DDR eine kulturelle Bewegung an der Basis:

- *Konzerte uneingestufter Bands*
- *Freie Theatergruppen*
- *Lesungen von Schriftstellern außerhalb des Schriftstellerverbandes*
- *verschiedene Galerien in Wohnungen*

Vielfach werden diese geringen Möglichkeiten zu Gradwanderungen am Rande der Legalität. Deshalb fordern wir:

- *Kulturelle Tätigkeit darf in keinem Fall staatlich behindert, zensiert oder verfolgt werden.*
- *Die Zulassung selbstverwalteter, von den bestehenden gesellschaftlichen Organisationen UNABHÄNGIGER Einrichtungen wie: alternative Cafés, Jugendzentren, Ausstellungsräume, Musikwerkstätten, Studios, Künstlervertretungen, …*
- *Die Entkriminalisierung von im Selbstverlag hergestellten Publikationen, d.h. freie Druck- und Vervielfältigungsmöglichkeiten.*
- *Der Kulturetat sollte zugunsten von kulturellen Einrichtungen in ländlichen Gebieten wesentlich erhöht werden.*

Dieses Papier entstand spontan im OFFENEN KELLER CAFÉ MOCKAU. Wir stellen es zur Diskussion und Ergänzung vor. Die Zeit drängt, dem Neuen Forum Leipzig Konzepte in die Hand zu geben, die Basis für den signalisierten Dialog mit dem Staat sein können.

Besucher/innen des OFFENEN KELLER CAFÉS MOCKAU.“

Fürbitt-Andachten bzw. Informationsveranstaltungen finden in Berlin, Dresden, Greiz, Halberstadt, Jena, Markneukirchen, Neubrandenburg, Leipzig, Rostock, Weißenfels sowie im Bezirk Cottbus statt. In Markneukirchen demonstrieren 800 Personen *„für Reformen in der DDR“.*

Der Superintendent von Leipzig-Ost, Friedrich Magirius, teilt der *Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte* in der Lukaskirchgemeinde am **12. Oktober** die staatliche Ankündigung der Freilassung von Inhaftierten mit und übermittelt einen von ihm zum Verlesen autorisierten Text. Silke Krasulsky vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* verliest den Text während des *Fürbittgottesdienstes für die Inhaftierten* in der Lukaskirche:

„Die Superintendenten der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens in Leipzig, Friedrich Magirius und Johannes Richter, lassen mitteilen: Uns, Friedrich Magirius, Johannes Richter, Pfarrer Sievers und Probst Hanisch, wurde heute in einem Gespräch beim Oberbürgermeister Leipzigs, durch den Oberbürgermeister Dr. Seidel zugesichert, daß alle in den letzten

Wochen im Zusammenhang mit dem Paragraphen 217 des Strafgesetzbuches Verurteilten und Inhaftierten in den nächsten Tagen aus der Haftanstalt bzw. der Untersuchungshaft entlassen werden.“

In Plauen kommt es unter Vermittlung des Superintendenten Küttler zu einem ersten Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und einer Abordnung der Demonstranten hinsichtlich der für Sonnabend, 14. Oktober, erwarteten erneuten Demonstration. Fürbitt-Andachten bzw. Informationsveranstaltungen finden u.a. in Berlin, Cottbus, Jena, Magdeburg und Rostock statt.

In Leipzig treffen am **13. Oktober,** 15.30 Uhr, Gruppenvertreter zum ersten offiziellen, knapp zweieinhalbstündigen Gespräch mit staatlichen Vertretern zusammen, wobei es um prinzipielle politische Fragen geht.

Von staatlicher Seite nehmen an dem Gespräch teil:
- Dr. Hartmut Reitmann (stellvertretender Vorsitzende des Rates des Bezirkes für Inneres),
- Dr. Werner (1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und Vorsitzender der Bezirksplankommission),
- Dr. Petzke (der stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirkes für Umweltschutz und Wasserwirtschaft) und
- A. Riecker (Bereich Inneres),
- Axel Müller (Bereichsleiter Kirchenfragen des Bezirkes),
- Dr. Jürgen Hillebrand (Leiter des Sektors Kirchenfragen der Stadt) sowie
- Frau Kirmes (ADN) teil.

Seitens der Kirche beteiligen sich am Gespräch
- Oberlandeskirchenrat Dieter Auerbach,
- Superintendent Friedrich Magirius,
- Pfarrer Dr. Dr. Matthias Berger (Vorsitzender des Bezirkssynodalausschusses) und
- Jugendpfarrer Klaus Kaden

sowie 20 Vertreter der Gruppen.
Zu diesen Gruppenvertretern gehören
- Frank Richter und Christoph Wonneberger (*Arbeitsgruppe Menschenrechte*)
- Rainer Müller und Thomas Rudolph (*Arbeitskreis Gerechtigkeit*)
- Norbert Buhl und Dr. Georg Pohler (*Friedenskreis Grünau/Lindenau*)
- Giesela Merkel (*Arbeitskreis Abgrenzung und Öffnung*)
- Helmut Nitzsche (*Arbeitsgruppe Friedensdienst*)
- Roland Quester (*Arbeitsgruppe Umweltschutz*)
- Marianne Ramson und Angelika Wiesner (*Frauen für den Frieden*)
- Dr. Eberhard Schneider (*Christliche Friedenskonferenz*)
- Sebastian Feydt (*Arbeitskreis Wehrdienstfragen*) und
- Harald Wagner.

Pfarrer Christoph Wonneberger und Thomas Rudolph tragen im Wechsel die vorab erarbeitete Konzeption

„Ansatzpunkte zur Ermöglichung des Dialoges über die weitere gesellschaftliche Entwicklung“

zum Gespräch mit Dr. Hartmut Reitmann vor:

„Wir […] begrüßen das heutige Gespräch mit Vertretern des Rates des Bezirkes und betrachten dieses – informelle – Gespräch als Beginn des offiziellen Dialoges zwischen kirchlichen Basisinitiativen und staatlichen Vertretern. Zur Ermöglichung und Fortführung dieses Dialoges betrachten wir es als unerläßlich, daß die Versuche, Basisinitiativen zu kriminalisieren und zu überwachen, sofort eingestellt werden. Als ein Zeichen in diese Richtung erwarten wir die sofortige Freilassung der in den letzten Wachen – nach unserer Auffassung zu Unrecht – Inhaftierten, die Rehabilitierung der Betroffenen.

Zu den notwendigen Veränderungen, »die freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus« [Zitat aus dem Text der SED-Bezirkssekretäre vom 9. 10. 1989] *erst ermöglichen, gehören für uns die Verwirklichung der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit, und der Vereinigungsfreiheit. Zu diesen drei Problemfeldern wollen wir unsere Vorstellungen präzisieren.*

1. Als ersten Schritt in Richtung Pressefreiheit würden wir die Ermöglichung des Anbringens von Informationstafeln an den Kirchenmauern außerhalb des Kircheninneren ebenso betrachten, wie die Möglichkeit, in den Medien der DDR Gegendarstellungen zur Berichterstattung über bestimmte Vorgänge, wie etwa die Friedensgebete und Demonstrationen in Leipzig, zu veröffentlichen. Mittelfristig sollten in den nächsten Monaten das Vervielfältigungsgesetz und die Druckgenehmigungspraxis erweitert und erleichtert werden sowie die Einfuhrbeschränkungen für Druck- und Vervielfältigungsmaschinen außer Kraft gesetzt werden. Langfristig ist es unerläßlich, daß gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden, damit Presseerzeugnisse in Eigenverantwortung der jeweiligen Herausgeber und nicht nur in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Kirchen erscheinen dürfen. Als einziger Verwaltungsakt sollte die Eintragung in eine Liste der Presseerzeugnisse – auf Wunsch der Herausgeber – erfolgen.

2. Als ersten Schritt in Richtung Versammlungsfreiheit würden wir die Erleichterung der Raumsuche für Bürger, die sich versammeln wollen, ebenso begrüßen wie einen Einsatzstopp für Mitarbeiter des MdI [Ministerium des Inneren], MfS [Ministerium für Staatssicherheit] und der Kampfgruppen bei spontanen – also nicht angemeldeten – gewaltfreien Demonstrationen. Mittelfristig sollten innerhalb der nächsten Monate die Veranstaltungsordnung erweitert und die Bestimmungen für die Anmeldung gewaltfreier Demonstrationen liberalisiert werden.

3. Als ersten Schritt in Richtung Vereinigungsfreiheit würden wir die sofortige Aufnahme von offiziellen Gesprächen mit allen im Begriff der Bildung befindlichen neuen Organisationen und Parteien betrachten. Die Überprüfung der Verfassungsgemäßheit der Versammlungen und Vereinigungen muß unabhängigen Verwaltungsgerichten obliegen. Dabei muß die Prüfung der Verfassungsgemäßheit der Versammlungen und

Vereinigungen bis zu einem Volksentscheid unter Außerkraftsetzung des Art. 1, Abs. 1, Satz 2 der Verfassung, in dem die Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei festgestellt ist, erfolgen.
Zu den notwendigen Veränderungen, die in weiteren Gesprächen mit Ihnen sondiert werden müssen, zählen wir die Problematik der letzten Kommunalwahlen und die Änderung des Wahlgesetzes, die Forderung nach einem sozialen Wehrersatzdienst, die Intensivierung von Gesprächen mit regierungs- und parteiunabhängigen Umweltgruppen und die Aufnahme von durch die Kirche längst angemahnten Gesprächen über die Bildungspolitik.
Wir befürchten, daß die vorrangige Verbesserung der Reisemöglichkeiten und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern durch Kreditaufnahme das Problem der Verwirklichung von Demokratie nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. Wir sprechen uns deshalb ausdrücklich gegen eine weitere Kreditaufnahme auf dem freien westlichen Markt aus. Die Mittel für dringend notwendige wirtschaftliche Investitionen sollten durch Kürzungen im Verteidigungshaushalt und die Verkleinerung der Ministerien für Inneres, Staatssicherheit und des Verwaltungsapparates freigesetzt werden.
Um einen kontinuierlichen und sinnvollen Dialog zwischen den heute hier Beteiligten in Gang zu setzen, sollte schon heute ein neuer Gesprächstermin vereinbart werden.“

Dr. Hartmut Reitmann teilt nochmals mit, dass alle inhaftierten Personen entlassen sind bzw. gerade entlassen werden.

Rainer Müller benennt daraufhin einige der *Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR* namentlich bekannte Personen, die nicht im Zusammenhang mit den Demonstrationen, sondern u. a. nach § 214 und § 215 StGB inhaftiert worden waren und fragt nach ihrer Entlassung. Dr. Hartmut Reitmann verneint und führt nochmals aus, dass nur Personen aus der Haft entlassen werden, gegen die wegen Verstößen gemäß § 217 StGB der DDR ermittelt wurde oder wird.
In einem von Till Böttcher im Ostberliner *Telegraph* vom 15. Oktober geführten Interview erklärt Thomas Rudolph, Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* und Mitglied der *Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig*, zum Gespräch:

„Also vermutlich auf Grund der Demonstrationen hat sich der Staat nun doch gedacht, daß er mit einigen mal reden müsse. Inwieweit das wirklich ernst gemeint ist, oder das Ganze sich letztendlich – und das wird man erst in Wochen entscheiden können – als leere Sprechblasen herausstellt, wird die Zeit zeigen. […]“

Auf die Frage des *Telegraph,* was dabei herausgekommen sei, antwortet er:

„Also ich denke, so gut wie nichts. Herausgekommen ist eine gegenseitige Anhörung, kein Dialog. Manche werden es nicht so sehen, die werden sich freuen, daß der Herr Dr. Reitmann einige »Angebote« mitgebracht hat, z.B. das Angebot, daß jetzt die Gespräche über Radwege intensiviert werden und inwieweit die Umweltgruppe beim Bäumepflanzen Unterstützung bekommt. Der stellvertretende Planungsökonom Werner hat

themenorientierte Gespräche angeboten, aber das war letztlich alles. Über die zentralen Fragen, wie die Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, hat es im Prinzip keinen Dialog gegeben, sondern es wurden nur die gegensätzlichen Standpunkte einander gesagt. Und dabei fand nicht einmal über kleine Schritte in Richtung Pressearbeit ein Gespräch statt. Wir hatten z. B. angeboten, daß an Außenwänden von Kirchengebäuden jetzt die Kirchengruppen Info-Tafeln anbringen. Wir hatten auch gehofft, daß wir wenigstens darüber sprechen können, ob es uns möglich ist, Gegendarstellungen gegen die teilweise verleumderische Hetzkampagne in den Medien der DDR in Bezug auf die Friedensgebete und Demonstrationen in Leipzig öffentlich zu machen, damit wir unsere eigene Sicht in den einzigen großen Medien des Landes vorstellen können.“

Hinsichtlich der zu Unrecht Inhaftierten führt Thomas Rudolph aus:

„Ich denke, unsere Solidarität darf auf keinen Fall nachlassen. Es ist sicher jetzt auch an der Zeit, nicht nur an die zu denken, die in den letzten vier oder fünf Wochen bei Demonstrationen und [den] anschließenden brutalen Polizeieinsätzen inhaftiert worden sind, sondern es muß jetzt auch darum gehen, [daß] alle, die noch aus politischen Gründen oder nur aus Gründen, ihre Menschenrechte wahrzunehmen, inhaftiert sind, entlassen werden. […] Das betrifft […] natürlich die vielen, die jetzt nach § 213, wegen sogenannter Republikflucht, inhaftiert und verurteilt worden sind. Sie haben versucht, über Ungarn, die CSSR oder Polen in die Bundesrepublik zu kommen, während andere von der Regierung der DDR die Reisemöglichkeit bekommen haben, denen es gelungen ist (auch illegal), die Grenze [der DDR] […] zu überschreiten. Ich denke, hier ist der Grundsatz der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz außer Kraft gesetzt und da muß die SED und die Regierung schleunigst etwas ändern. […] Ja, ich denke Kontakttelephone, Fürbittandachten, Mahnwachen, wie auch immer. Diese Formen der Solidarität und des Protestes müssen im einzelnen genau überlegt und geprüft werden, was möglich ist, was sinnvoll ist im jeweiligen Moment. Aber ich denke, sie müssen so lange aufrechterhalten bleiben, wie noch irgend einer wegen eines politischen Deliktes [im Gefängnis] sitzt.“

Der Sekretär des *Nationalen Verteidigungsrates* und Chef des *Hauptstabes der Nationalen Volksarmee* Fritz Streletz, der Sekretär für Sicherheitsfragen des *SED-Zentralkomitees* und Mitglied des *Nationalen Verteidigungsrates* Egon Krenz, der Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen im *SED-Zentralkomitee* Wolfgang Herger sowie der Stellvertretende Minister des Inneren Karl-Heinz Wagner und der Stellvertretende Minister für Staatssicherheit Rudi Mittig nehmen an einer Sitzung der *Bezirkseinsatzleitung Leipzig* teil, um die Lage im Hinblick auf den kommenden Montag zu sondieren.
Egon Krenz und Fritz Streletz unterbreiten den Vorschlag an Erich Honecker, den Vorsitzenden des *Nationalen Verteidigungsrates*, zur Verhinderung einer erneuten Demonstration in Leipzig den Befehl 9/89 zu erlassen. In diesem wird aber auch festgelegt, daß *„der Einsatz der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen grundsätzlich verboten“* ist, sofern diese friedlich verlaufen. Gleichzeitig wird für die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen aller Bezirke, wo dies noch nicht geschehen war, erhöhte Führungsbereitschaft

angeordnet. Für die Bezirke des Militärbezirkes III galt mindestens diese Bereitstellungsstufe spätestens ab 3. Oktober. Nun entfalten die letzten territorialen Einsatzleitungen in der gesamten DDR ihre Führungsgruppen und Arbeitsorgane, d. h. die territorialen Sicherheitskräfte aller Regionen der DDR haben eine Bereitstellungsstufe einzunehmen und die jeweiligen 1. Sekretäre der SED führen diese.
Fürbittandachten bzw. Informationsveranstaltungen finden am 13. Oktober in Berlin, Erfurt, Karl-Marx-Stadt sowie in den Bezirken Gera und Dresden statt. In Klingenthal ziehen 400 bis 500 Personen in einer Demonstration zur Kirche.

Am Morgen des **14. Oktober** veröffentlicht das Organ der *SED-Bezirks1eitung Leipzig*, die Leipziger Volkszeitung, eine das Gespräch mit Dr. Hartmut Reitmann vom Vortag tendenziös im Sinne der SED entstellende ADN-Meldung von Frau Kirmes.
In Leipzig findet auf Einladung des *Kabarett academixer* im Rahmen der *„Tage der Künste“* in dessen Spielstätte 11 Uhr ein *„Treffen mit Freunden“* über einen *„praktizierten Dialog bei den academixern“* und eine *„Aussprache über die Mediensituation und -politik in unserem Lande“* statt. Während der dreistündigen Veranstaltung, an der mehrere Hundert Personen teilnehmen, stellen sich Vertreter der Medien der Machthaber (z. B. von den Zeitungen *Die Union*, *Leipziger Volkszeitung*, *Neue Zeit* und vom *Sender Leipzig)* sowie der SED-Bezirkssekretär Joachim Pommert und weitere Funktionsträger einer öffentlichen Diskussion.
Johannes Fischer fordert in dieser Versammlung als Sprecher der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und als Mitglied der *Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig* die Streichung des Verfassungsartikels, der die Führungsrolle der SED festschreibt. Herr Hahn vom staatlichen *Zentralinstitut für Jugendforschung* wirft ein selbstentlarvendes Licht auf den Kenntnisstand der Sozial- und Geisteswissenschaften in Ostdeutschland, indem er behauptet: *„Die Masse der Jugend will einen besseren Sozialismus.“*
Der Chefredakteur des Organs der *SED-Bezirksleitung*, der *Leipziger Volkszeitung*, Rudolf-Otto Röhrer bekennt: *„Wir fühlen uns den Rücken gestärkt durch die Erklärung des Politbüros* [vom 11. Oktober 1989]*“*. Das Gelächter der Teilnehmer erntet er mit der Behauptung: *„Jeder kann sich in der Leipziger Volkszeitung äußern.“* Auf die in eine Frage gekleidete Feststellung, daß die Planwirtschaft als gescheitert zu betrachten sei, wird ein Appell an das „Forum“ gerichtet: *„das* [- was jetzt passiert -] *nicht in Anarchie entgleisen zu lassen.“*
In Plauen demonstrieren 10.000 Personen. Auf mitgeführten Plakaten steht: *„Rede- und Pressefreiheit“*, *„Freiheit für alle oppositionellen Parteien“*, *„Wir sind das Volk - wir wollen Reformen“*. In Arnstadt demonstrieren 400 Personen.

In der Leipziger Lukaskirche veranstalten der *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und die *Offene Arbeit Mockau* am **15. Oktober** eine **„Auktion zur Begleichung von gegen Demonstranten zu Unrecht verhängten Geldstrafen“**. Zahlreiche Künstler haben Werke zur Versteigerung für die Auktion gespendet.
Sprecher der Gruppen informieren über das „Gespräch“ mit Vertretern des Rates des Bezirkes vom 13. Oktober und über die entstellende Berichterstattung in den Medien der Machthaber.

Im **Konspekt** zu der an diesem Tage in der Lukaskirche – und in den nächsten Tagen während weiterer Veranstaltungen – verbreiteten Information heißt es:

> *„Im Zusammenhang mit diesem Gespräch erschien am Sonnabend in der Leipziger Volkszeitung eine ADN-Meldung. Darin wird behauptet, es »galt als Konsens, den Sozialismus in der DDR zum Wohle ihrer Bürger auszugestalten«. Richtig ist, daß die Vertreterinnen die <u>Umgestaltung</u> des Sozialismus in der DDR forderten.*
> *Falsch an dieser ADN-Meldung ist die Behauptung: »Die Runde, gewertet als ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit, diskutierte, wie und unter welchen Bedingungen die montäglichen Demonstrationen in andere, wirkungsvollere und somit wahrhaftig demokratische Formen überführt werden können«. Richtig ist allein, daß über die Demonstrationen gesprochen wurde. Die VertreterInnen [der Gruppen] waren der Meinung, Demonstrationen sind ein legitimes Mittel der Meinungsäußerung.*
> *Falsch ist auch, daß wir »mahnten, die Ursachen dafür ehrlich zu analysieren und Widersprechende mit ihren Meinungen, Hinweisen und Wünschen sorgsam anzuhören«. Richtig ist, wir mahnten nicht, wir forderten die <u>schrittweise Gestaltung der Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit</u> als Taten, um einen gleichberechtigten Dialog überhaupt zu ermöglichen.*
> *Zum Gespräch: Dr. Hartmut Reitmann forderte Ehrlichkeit, Offenheit und Klarheit als Gesprächsgrundlage. Als unantastbar nannte er die sozialistische Grundposition und die führende Rolle der SED. Als Ziel des Gespräches nannte er das gegenseitige Kennenlernen und den Beginn eines Dialoges mit kirchlichen Gruppen. Was er wirklich wollte, sagte er später mit der Frage: »Was können wir tun, damit es am Montag keine Demonstration gibt?« Die von uns vorgetragenen Forderungen möchte ich etwas ausführlicher darstellen: […] Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es an diesem Abend zu keinem Dialog kam, da die staatliche Seite auf keine unserer Vorschläge, Anregungen und Forderungen einging. Ein Ergebnis, wenn man es [denn] so nennen kann, ist die Zusage Dr. Reitmanns, daß er dafür kämpft, daß das Leben und die Gesundheit der Bürger geschützt werden. Daraus kann man folgern, daß es zu keinem Eingreifen der Sicherheitsorgane [bei den Demonstrationen] kommen wird. Der nächste Montag wird es beweisen.“*

In der Moritzbastei findet auf Einladung des Rektors der *Karl-Marx-Universität*, Prof. Dr. Horst Hennig, eine Art politischer Frühschoppen unter dem Titel **„Der Sozialismus der 90er Jahre“** statt. An ihm beteiligen sich ca. 1.500 Personen. Auch Prof. Dr. Horst Hennig beteiligt sich an der SED-Kampagne zur Beendigung der Demonstrationen. In seinem in hoher Stückzahl am Montag, dem **16. Oktober**, verteilten **Flugblatt-Aufruf „Nicht demonstrieren!“** schreibt er:

> *„Demonstrationen haben Zeichen gesetzt. Sie sind von allen in unserem Lande deutlich erkannt worden. Jetzt sollte man auf die Straße zur Artikulation der Besorgnis verzichten.“*

Zum Zeitpunkt, da die Demonstration um den Leipziger Ring führt, organisiert er ein „Ersatzangebot“. Zusammen mit Prof. Manfred Neuhaus vom *Franz-Mehring-*

Institut, Prof. Dieter Wittich, Prof. Orchekowski und Prof. Hans Piazza bietet er in drei Hörsälen der Universität „Dialogveranstaltungen“ zur Verhinderung der Demonstration an.
Informationsveranstaltungen finden am 15. Oktober u. a. in Berlin, Dresden, Halle, Jena, Schwaan bei Bützow, Suhl und Waren statt. In Halle finden sich ca. 20.000 Personen zur Demonstration ein.

Am **16. Oktober** scheitert eine von der SED mit verschiedenen Aufrufen und Presseartikeln vermeintlich hervorragender Bürger und *„breiter Schichten der Bevölkerung“* gesteuerte Kampagne, auf Demonstrationen in Leipzig zu verzichten. Selbst Pfarrer hatten sich in die SED-gesteuerte Kampagne einbinden lassen, so wird z. B. eine Ansprache von Peter Weiß über den Stadtfunk des Senders Leipzig abgespielt, die er im Arbeitszimmer des SED-Bezirkssekretärs Roland Wötzel auf Band gesprochen hatte:

> *„[…] Die Straße ist kein Ort, auf der man Probleme lösen kann, oder durch die man sie lösen zu können meint. Und so bitte ich alle Christen in dieser Stadt und auch diejenigen, die der Meinung sind, daß Leipzig nun ein Zentrum wäre, von der Straße wegzugehen.“*

In einem anonymen Flugblatt ist zu lesen:

> *„Wir sind der Meinung, daß die am 11. 10. 1989 vom Politbüro verabschiedete Erklärung zur Dialogbereitschaft ungenügend ist. Wie wir feststellen mußten, spiegelt der in den letzten Tagen in den Massenmedien geführte »Dialog« nicht die grundlegenden Probleme unserer Gesellschaft wider.* ***Laßt Euch nicht einschläfern****! Wir schlagen vor: Wir wollen Wahrheit – keine Taktik! Freie Wahlen - jetzt! Zulassung neuer politischer Gruppen und Parteien! Wir brauchen Rechtssicherheit, keine Staatssicherheit!*
> ***Bürger, Soldaten, Polizisten gemeinsam sind wir stark!***
> *– Zeitzeichen –"*

Nach dem Friedensgebet gelingt in Leipzig die vierte Großdemonstration mit 120.000 bis 150.000 Beteiligten. Die Machthaber halten sich nach wie vor die Option der militärischen Niederschlagung offen und haben entsprechende Vorbereitungen getroffen.
Insgesamt stehen an diesem Tage 31 Hundertschaften der Land- und Luftstreitkräfte der *Nationalen Volksarmee* zusätzlich zu den Sicherheitskräften der *Bezirkseinsatzleitung Leipzig* in Bereitschaft. Im Bedarfsfall rückten sie über die Fernverkehrsstraßen F 2 und F 87 aus Richtung Leipzig-Mockau, über die F 184 aus Richtung Wiederitzsch und über die Dübener Straße in die Innenstadt vor.
Die Übernahmepunkte aus der Befehlsgewalt des Ministers für Nationale Verteidigung in die Befehlsgewalt des Sekretärs der *SED-Bezirksleitung Leipzig* als Vorsitzendem der *Bezirkseinsatzleitung Leipzig* im Amt, Helmut Hackenberg, waren am Flugplatz Mockau und in Wiederitzich festgelegt.

Die Demonstranten singen die *„Internationale“* und *„We shall overcome“.* Mehrere tragen Fotos von Michail Gorbatschow. Einzelne Demonstranten rufen immer wieder *„Kämpft richtig!“.* Die Ansagen aus dem Stadtfunk werden vor den Lautsprechern mit den Sprechchören *„Bla, bla, bla“*, *„Keine leeren Worte!“*, *„Keine Lügen!“* und *„Keine Phrasen!“* beantwortet. Demonstranten skandieren: *„40 Jahre sind genug – wir wollen keinen Wahlbetrug“*, *„Auf die Straße!“*, *„Augen verwischt – geändert hat sich nischt* [sächsischer Dialekt]“, *„Bürger laßt das (Gaffen) sein – kommt herunter, reiht Euch ein!“*, *„Die Reformen von Hager sind uns zu mager“*, *„Die Mauer muß weg!“*, *„Erich, leit' Reformen ein – oder geh' ins Altersheim!“*, *„Freie Gewerkschaften“*, *„Freie Wahlen“*, *„Freiheit“*, *„Gorbatschow“*, *„Gorbi“*, *„Jetzt oder nie – Demokratie“*, *„Junge Leute an die Macht“*, *„Keine Gewalt“*, *„Neues Forum zulassen“*, *„Neue Männer braucht das Land“*, *„Pressefreiheit“*, *„Reiht Euch ein!“*, *„Schließt Euch an!“*, *„Visafrei bis Shanghai“*, *„Visafrei Tschechoslowakei“*, *„Vorwärts!“* (bei Stillstand der Demonstration), *„Wir bleiben hier“*, *„Wir sind das Volk“*, *„Wir sind keine Rowdys“*, *„Wir werden mehr“*, *„Wo bleibt die Reisefreiheit?“* und *„Zieht Euch um!“* (an Polizisten gerichtet).
Vor dem Gebäudekomplex der BDVP Leipzig und der Staatssicherheit ertönen Buh- und Pfui-Rufe. Die Demonstranten skandieren: *„Geht nach Hause!“*, *„Schämt Euch!“* und *„Stasi in die Volkswirtschaft“*.
Im Demonstrationszug befinden sich Transparente mit den Losungen: *„Berufsverbot für Schnitzler“*, *„Bildungsreformen/ Veröffentlichung realer Umwelt- und Wirtschaftsdaten“*, *„Demokratie – Freiheit“*, *„Demokratisches Wahlrecht“*, *„Dialog statt Gewalt, mehr Demokratie“*, *„Durch Gewaltlosigkeit – Freiheit“*, *„Erich leit Reformen ein oder geh ins Altersheim!“*, *„Freie Medien zulassen“*, *„Freie Wahlen“*, *„Freie Wahlen in einem offenen Land“*, *„Für ehrliche Reformen“, „Für einen zivilen Ersatzdienst“*, *„Für Pressefreiheit“*, *„Keine Gewalt“*, *„Keine Gewalt gegen das Volk“*, *„Neues Forum“*, *„Neues Forum – Ja“*, *„Ohne Gewalt – für die Durchsetzung von Reformen mit und für das Volk“*, *„Ohne Gewalt für Demokratie und Freiheit“*, *„Ökologie vor Ökonomie“*, *„Pressefreiheit“*, *„Presse-, Reise-, Meinungsfreiheit“*, *„Pressefreiheit/ Meinungsfreiheit“*, *„Reformen a la Hager sind uns zu mager“*, *„Reisefreiheit für Alle“*, *„Reisefreiheit für alle, die hier leben und arbeiten“*, *„Schließt euch an, ohne Gewalt für die Durchsetzung von Reformen für das ganze Volk“*, *„Schnitzler, entschuldige Dich!“*, *„Seit 7 Tagen nur bla, bla - wo bleiben die Dialogergebnisse“*, *„Sozialarbeit ist nötig – Zivildienst ist ein Menschenrecht“*, *„Tief bewegt sein ist etwas Schönes – besser ist es, etwas zu bewegen“*, *„Unabhängige Medien – freie Gewerkschaften, Betriebsräte“*, *„Uneingeschränkte Reisefreiheit“*, *„Versammlungsfreiheit“*, *„Vorwärts mit der demokratischen Massenbewegung“*, *„Wahlrecht reformieren“*, *„Wir fordern freie Wahlen“*, *„Wir fordern Reformen“*, *„Wir sind Erwachsen Vater Staat“*, *„Wo bleibt die Reisefreiheit für Alle?“*, *„Ziviler Ersatzdienst“*, *„Zulassung aller oppositionellen Parteien“* und *„Zum Dialog bereit – Neues Forum“*.

Zehn Journalisten aus Ungarn, Großbritannien, Jugoslawien, CSSR, Niederlande und Schweden werden teilweise bereits an der Stadtgrenze zugeführt. Ihre Zurückweisung wird angeordnet, um eine Berichterstattung zu verhindern. Die Informationen über die Demonstration werden an die westlichen Rundfunk- und Fernsehstationen sowie an die Nachrichtenagenturen von der *Informationsgruppe* aus den Räumen der Lukaskirchgemeinde übermittelt.

Die *Dokumentationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte* macht wiederum, unterstützt von der *Umweltbibliothek Berlin*, Filmaufnahmen und Agenturfotos für die Berichterstattung der „Westpresse“.
Der Vorsitzende des *Nationalen Verteidigungsrates*, Erich Honecker, dessen Sekretär Fritz Streletz und die Mitglieder des *Nationalen Verteidigungsrates* Dickel, Krenz und Mielke verfolgen das Geschehen aus der dafür vorgesehenen Führungsstelle im Ministerium des Innern. Dorthin wird die Demonstration durch das *„Operative Fernsehen“* live übertragen.
Auch in Berlin (ca. 3.000 Personen), Dresden (ca. 20.000 Personen), Halle (ca. 5.000 Personen), Potsdam, Waren (350 Personen), Wurzen (300 Personen) und Zwickau wird demonstriert. Fürbitt-Andachten und Informationsveranstaltungen finden in Bautzen, Berlin, Dresden, Forst, Gadebusch, Glauchau, Greiz, Halle, Magdeburg, Merseburg, Stralsund, Waren, Wurzen und Zwickau statt.

Das SED-Politbüro beschließt am **17. Oktober** auf Antrag Willi Stophs die Absetzung Erich Honeckers und die Wahl von Egon Krenz zum neuen Generalsekretär der SED.
Am **18. Oktober** wird die Absetzung von Erich Honecker nach der Sitzung des SED-Zentralkomitees als dessen *„Rücktritt“* bekannt gegeben.

Leipziger Menschenrechtsgruppen 1989
Heute vor 10 Jahren ⬩ Blatt 9/ 1999
9. Oktober 1989 – Tag der Entscheidung

⬩

3. und korrigierte Auflage – Leipzig – 2009
(1., 2. u. korr. Aufl. 1999)
Der Text wurde gemäß Rechtschreibreform korrigiert,
jedoch nicht in den aus schriftlichen Texten *kursiv wiedergegebenen Zitaten*.

Herausgegeben vom
Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen e. V.

– IFM-Archiv Sachsen e. V. –
Telefon 0341 - 4 80 72 07
Mobil 0176 56 36 98 92
IFM-Archiv@gmx.de

⬩

Die 1. Auflage wurde im Jahre 1999 als Begleitmaterial
zu den jeweiligen Podiumsdiskussionen der Reihe »Heute vor 10 Jahren«,
die vom Bürgerkomitee Leipzig e. V. in der »Runden Ecke«
veranstaltet worden war, veröffentlicht.